

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **184 (2018)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Materielle Misere

Der alljährliche Bericht über den Zustand der Bundeswehr hat es einmal mehr in sich. Der Wehrbeauftragte, Hans-Peter Bartels (SPD) bringt darin die aktuellen Probleme der Truppe auf den Punkt. Aktuell sind 21000 Stellen von Führungspersonal, Ausbildern und Fachspezialisten im Unteroffiziers- und Offizierskorps vakant. Er erwähnt, dass «der Bund» als «immer noch kleinste Bundeswehr aller Zeiten» derzeit nicht nur eine, sondern zwei Hauptaufgaben hätte: kollektive Verteidigung und die Auslandseinsätze. Dies führt zur Auftragüberlastung bei Marine und den Helikopterver-

bänden aller Teilstreitkräfte. Zudem herrscht eine prekäre materielle Einsatzbereitschaft. Fehlende Ausrüstung und Ersatzteile führen immer wieder zu peinlichen Pannen. Wie Ende Februar, als Teile eines Jägerbataillons aufgrund einer defekten Airbus A310 Luftwaffenmaschine nicht vom UNO-Einsatz in Mali zurückgefliegen werden konnte. Die Franzosen halfen nach einigen Tagen zwar aus, jedoch nur zwischen Bamako und Paris, wo die Soldaten nochmals 24 Stunden am Flughafen warten mussten. Seit Oktober 2017 bis Ende Jahr standen auch sämtliche Unterseeboote der Marine ausser Betrieb und es kommt immer wieder mal

vor, dass von den 14 Stück A400M Transportflugzeugen kein einziges flugfähig ist. Aktuell stehen nur die Hälfte aller Hauptwaffensysteme einsatzbereit zur Verfügung. Ein besonderes Augenmerk gilt aber der persönlichen Ausrüstung unter dem Vorhaben «Vollausstattung». Die im Jahr 2016 eingeleitete Wende wird nicht vor 2030 abgeschlossen sein. Hier mahnt der Wehrbeauftragte und meint, dass es im Bereich der Rüstungsvorhaben kein Problembewusstsein gibt, «wenn es offenbar zwei Jahre dauert, um der deutschen Rüstungsindustrie den Auftrag zu geben, bereits auf ihrem Hof stehende 100 Kampfpanzer LEOPARD

kampfwertzusteigern». Ein Truppenbesuch bei Einheiten der für die NATO abkommandierten Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) blieb ernüchternd. Nur sechs der 30 Kompanien hatten genügend Fahrzeuge (von 2183 waren 387 verfügbar) und nur 30% der Ausrüstung steht zur Verfügung. Am gravierendsten sei jedoch die von Bartels genannte «Verregelung von allem und jedem». Demnach verschwindet «die persönlich wahrnehmbare, ganzheitliche Verantwortung» von Mannschaft und Kader zusehends. Dies führt dazu, dass eine gewisse Absicherungsmentalität das Prinzip der Auftragstaktik leider vollends erstickt.

Frankreich

Macron verlangt nicht nur mehr Geld

Um das von der NATO geforderte 2%-BIP-Ziel zu erreichen, will Präsident Emmanuel Macron seine Forces armées aufrüsten. Frankreich braucht gemäss offiziellen Zahlen 1,79% seiner jährlichen Wirtschaftsleistung fürs Militär, etwa 34 Milliarden Euro. In einem Gesetzesentwurf der Verteidigungsministerin Florence Parly wurden nun 295 Milliarden Euro für die Zeit von 2019 bis 2025 veranschlagt. Das Parlament soll diesen Sommer darüber abstimmen. Benötigt wird das Geld, nebst Ausrüstung, vor allem für mehr Personal. Der Abbau von 60000 Stellen ab 2005 hörte zwar mit den Anschlägen 2015 auf, dennoch sollen nun 3000 Posten in den Bereichen Cyber und Aufklärung entstehen und noch einmal so viele zivile und militärische Stellen in verschiedenen anderen Bereichen. Um die Streitkräfte insgesamt schlagkräftiger zu machen, versucht

sich Macron zudem an der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Damit löst er eines seiner Wahlver-



Macrons Ruf zum Dienst.

sprechen ein, nämlich das des «service militaire universel». Es geht ihm vor allem darum, ein kollektives Bewusstsein über die Pflichten gegenüber dem Staat sowie eine breite Basis für das Zusammenleben der französischen Jugend aus allen sozioökonomischen Schichten zu bilden. Auch um die im Jahr 2016 wiederinstallierte Nationalgarde zu verstärken. Eine Studie aus dem Büro des Premierministers Philippe berechnete, dass die allgemeine

Dienst- oder Wehrpflicht (bei einem Bestand von 800000 Soldaten) jährlich etwa drei Milliarden Euro kostet. Im Senat wurden bei diesem Bestand jährliche Kosten von 30 Milliarden Euro ermittelt und die Nationalversammlung plant mit 10 bis 15 Milliarden. Macron will alle Jugendlichen während dem Collège (zwischen 11 und

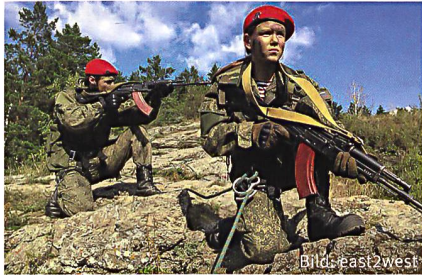
15 Jahren) zur «staatsbürgerlichen und moralischen Erziehung» einberufen. Mit 16 Jahren stünde eine Woche in «Verteidigung und Staatsbürgertum» an, beispielsweise bei der örtlichen Feuerwehr zu absolvieren. Zwischen 18 und 25 gilt es mittels einem «Ansporn zur Leistungsbereitschaft», alle jungen Frauen und Männer «dazu zu bewegen» und nicht zu verpflichten, sich einer bestehenden staatlichen Organisation anzuschliessen. Die-

se formaljuristische Wendung beruht darauf, dass bei einer zu streng ausgelegten Dienst- und Wehrpflicht einerseits ein Volksaufstand befürchtet wird, andererseits bereits seitens des Europäischen Gerichtshofs erste Mahnrufe erfolgten. Dort ahnt man Zwangsarbeit. Eine der grössten Hürden stellt aber das eigene Militär dar. Die französische Generalität befürchtet, trotz allen Versprechungen am Ende noch weniger Geld für ihre Kernaufgabe zu erhalten. Entsprechend sind sich Parly und Macron nicht ganz einig über den Grad des Zwangs, welcher zur Umsetzung eingesetzt werden sollte. Parly liess zwar verkünden, dass die ihr unterstellte Gendarmerie keine Dienstverweigerer «einsammeln» würde, es aber dennoch nicht um Freiwilligkeit ginge. Prompt erklärte Macron, er habe keinen Zweifel daran, dass die Wehrpflicht für alle gilt. Alles in allem, so der Präsident Ende Februar, müssten die Details eben noch ausgearbeitet werden.

Russland

Anzahl YunArmya-Kadetten verfünffacht

Innerhalb des letzten Jahres wuchs der Bestand der 2016 gegründeten YunArmya von 40 000 auf über 190 000 Mitglieder. Präsident Putins Ziel: noch 2018 mindestens 200 000 Kadetten für den Mi-



YunArmya trainiert für den Ernstfall.

litärdienst motiviert und bereit zu haben. Die YunArmya versteht sich als militärisch-patriotische Nachfolgeorganisation der noch zu Sowjetzeiten gegründeten «freiwilligen Gesellschaft zur Unterstützung

der Armee, der Luftstreitkräfte und der Flotte». Ab einem Alter von zehn Jahren können sich Kinder und Jugendliche freiwillig zur Ausbildung am Sturmgewehr, Nahkampf, Fallschirmspringen und dergleichen melden. Dafür erhalten sie Uniformen und lernen den nötigen Militärdrill. Während

kritische Beobachter dabei ein Plagiat der Hitler-Jugend erkennen, geht der Verteidigungsminister Sergej Shoigu davon aus, die russische Jugend auf diese Weise von dummen Ideen abzuhalten. YunArmya ist deshalb nicht einfach als eine von vielen Kadettenorganisationen im Land zu betrachten, sondern orientiert sich ideologisch klar an den Streitkräften und kann damit als veritabler Teil des russischen Staates verstanden werden.

Schweden



Patriot-Raketen bereits anlässlich Aurora 17 in Schweden.

Verteidigungsbudget verdoppeln?

Kurz nachdem Ende Februar das US-amerikanische Außenministerium den Verkauf von Patriot-Luftabwehrraketen im Wert von 3,2 Milliarden US-Dollar grundsätzlich bewilligte, veröffentlichte das schwedische Verteidigungsministerium eine neue «Perspektivstudie» für seine Streitkräfte. Darin geht es vor allem um

die Ausrichtung bis ins Jahr 2035.

Das Königreich plant, seine Armee auf einen Bestand von 120 000 anzuheben und das Verteidigungsbudget auf umgerechnet 13,8 Milliarden Schweizerfranken zu verdoppeln. Es möchte damit auf die anhaltende Gefahr, welche von Russland ausgeht, reagieren sowie die nötigen Antworten auf Terrorismus und Migration bereithalten.

Gaza

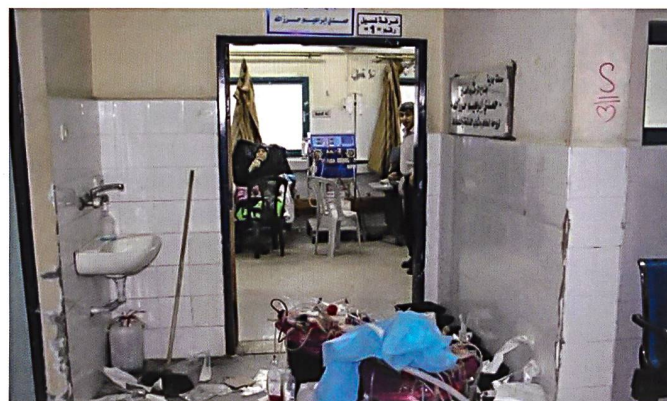
Krise spitzt sich zu

Der Gazastreifen bleibt auch im ersten Quartal 2018 krisengeplagt und von chronischen humanitären Bedürfnissen betroffen. Dreizehn Jahre nachdem Israel seine Siedler und damit auch das Militär aus dem Gebiet zurückzog, stehen im 365 Quadratkilometer grossen Küstenstreifen etwa 1,8 Millionen Menschen kurz vor der Katastrophe. Als mittelschwere Feuergefechte und Bombenanschläge Mitte Februar bereits wieder Erinnerungen an den letzten Gazakrieg im Jahr 2014 weckten, war eigentlich klar, dass auch ohne neuem Krieg die Situation zu eskalieren droht. Gaza, das auch als das weltgrösste Freiluftgefängnis bezeichnet wird, ist mittlerweile hermetisch von Israel und Ägypten abgeriegelt, nur

ab und an werden die nötigen Versorgungsgüter über einige kontrollierte Check-Points gelassen. Lediglich 10% der Bewohner haben Zugang zu Trinkwasser, 96% des vorhandenen Wassers ist ungeniessbar. Das einzige Kraftwerk steht mangels Treibstoff still. Die Kanalisation wurde abgestellt. Abwasser kon-

taminiert derzeit die Fischereigründe vor der Küste. Israel warnt vor dem Ausbruch einer Choleraepidemie. Die UNO macht darauf aufmerksam, dass die Notstromversorgung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Kritische Infrastruktur und die Gesundheitsdienste werden grösstenteils nicht mehr betrieben. Be-

reits Anfang Februar gab das palästinensische Gesundheitsministerium bekannt, dass es 16 medizinische Zentren geschlossen hat. Nicht zuletzt deshalb, weil das Personal infolge ausstehender Löhne in den Streik getreten ist. Davon betroffen sind über 300 000 Patienten. In den verbleibenden Spitälern liegt die Bettenbelegung bei über 90%. Ende Januar waren gemäss der WHO (Weltgesundheitsorganisation) 40% der lebenswichtigen Medikamente aufgebraucht und weitere 43% waren für weniger als einen Monat vorrätig. Etwa 60% der zwischen 15- und 29-Jährigen sind arbeitslos, insgesamt 44% der Bevölkerung. Ein Hauptverantwortlicher für dieses Desaster ist die Hamas, welche die Macht im Gazastreifen inne hat. Gleichzei-



Al-Shifa Spital in Gaza-Stadt, Februar 2018. Quelle: www.moh.gov.ps

tig hat die USA ihre Hilfe an die United Nations Relief and Works Organization (UNRWA), das UNO-Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser ausgesetzt. Es geht um 65 Millionen US-Dollar, mehr

als die Hälfte des UNRWA-Budgets, mit welchem die 1,3 Millionen Gaza-Flüchtlinge der vergangenen Kriege vor allem mit Essen unterstützt werden. Zuletzt warnte der israelische Generalstabschef,

Generalleutnant Gadi Eizenkot, dass die aktuelle Gaza-Situation mit grosser Wahrscheinlichkeit in einem vierten Krieg mit der Hamas endet. Um die Lage zu deeskalieren, muss die grosse wirt-

schaftliche Misere und die humanitäre Krise beendet werden. Und dies gelingt nur, so der General, indem (unter anderem auch durch Israel) den Palästinensern unmittelbare Hilfe zuteil wird.

Brasilien

Armee wird im Inland eingesetzt

Der brasilianische Senat hat den umstrittenen Armee-Einsatz gegen die ausufernde Bandenkriminalität in Rio de Janeiro genehmigt. Die Senatoren votierten für ein Dekret von Staatschef Michel Temer, das die Verantwortung für die Sicherheit im gesamten Bundesstaat Rio de Janeiro den Streitkräften überträgt. Zuvor hatte bereits das Unterhaus, ungeachtet verfassungsrechtlicher Bedenken, mit grosser Mehrheit grünes Licht für die Massnahme gegeben.

Zwar ist die Polizei weiterhin auf den Strassen im Einsatz, sie ist nun aber der Armee unterstellt. Soldaten können als Verstärkung eingreifen. Der Schritt ist beispiellos seit dem Ende der Militärdiktatur in Brasilien im Jahr 1985.

Seit den Olympischen Sommerspielen 2016 hat sich die Sicherheitslage in der Millionenmetropole wieder dramatisch verschlechtert. Zuletzt wurde der weltberühmte Karneval von Rio von einer Vielzahl von Überfällen überschattet. Bereits im vergangenen Juli hatte die Regierung 8500 Soldaten geschickt – ohne greifbaren Erfolg. Die Soldaten patrouillieren unter anderem in den berüchtigten, von Drogenbanden kontrollierten Armenvierteln, den Favelas.

Die Opposition kritisierte, dass kaum Details über den geplanten Armeeinsatz bekannt seien und warnte vor Rechtsverstössen. Auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International verurteilte die Massnahme als «extrem und unangemessen». Der Einsatz der Armee gefährde die Menschenrechte.



Militäreinsatz in Rio.

Bild: AFP

USA

Krieg im Weltraum?

Um die beanspruchte Überlegenheit der USA über alle Gegner im Weltraum zu sichern, wurde das National Space Defense Center eingerichtet, um Gefahren für Weltraumsysteme zu entdecken und zu bekämpfen.

Im April 2017 hatte Luftwaffengeneral John Hyten erklärt, dass das Joint Space Operations Center (JICSpOC) der US-Luftwaffe umgetauft wird und nun National Space Defense Center (NSDC) heisst. Der aktuelle Hintergrund für die Umbenennung und damit einhergehende Aufwertung des Zentrums war vor allem der Konflikt mit Nordkorea, das 2016 zwei Atomwaffentests und zahlreiche Raketentests durchgeführt hatte. Ausschlaggebend dürfte der Raketentest im März 2017 gewesen sein. Nordkorea schoss vier Raketen mit einer mutmasslichen Reichweite von 1000 km ab, drei davon sind in die 200-Meilen-Zone vor der japanischen Küste ins Meer gestürzt. In Planung war das Zentrum aber bereits seit 2015.

Neben Russland und China haben auch Nordkorea und

Iran die Möglichkeit, mit Raketen womöglich Satelliten abzuschliessen, was die vernetzte Kriegsführung des amerikanischen Militärs schwer behindern oder, wenn der Daten-, Navigations- und Kommunikationsfluss dadurch abbricht, praktisch unmöglich machen würde.

Mit dem neuen Zentrum versucht das Pentagon, die Angriffs- und Abwehrkapazitäten im Weltraum zu verbessern.

Nach einer Mitteilung der Luftwaffe von Ende Januar hat das Zentrum begonnen, seine Tätigkeit ununterbrochen aufzunehmen. In den Monaten zuvor war analysiert worden, welche Gefahren für die militärischen Satelliten bestehen und in War Games geübt worden, wie sich diese verteidigen lassen.

General Jay Raymond, der Kommandant des Weltraumkommandos der Luftwaffe, bezeichnete dies als bedeutenden Meilenstein.

Das NSDC ist mit einem Personal von 230 Soldaten und Geheimdienstmitarbeitern ausgestattet. Aus dem NSDC wird nun eine geheime Angelegenheit gemacht.

Korea

Sportdiplomatie am Werk

Trotz der neuen Sanktionen ist Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un nach südkoreanischen Angaben zu Gesprächen mit den USA über den Atomkonflikt bereit.

Bei einem Treffen mit Südkoreas Präsident Moon Jae In vor der Schlussfeier der Olympischen Winterspiele in Pyeongchang bekräftigte Nordkoreas General Kim Yong Chol, sein Land habe «ausreichende Absichten», mit den USA ins Gespräch zu kommen. Das be-

richtete der Sprecher des Präsidialamtes in Seoul.

Die nordkoreanische Delegation habe auch die Bereitschaft von Kim Jong Un übermittelt, seine Annäherungspolitik fortsetzen und die Beziehungen weiter verbessern zu wollen, hiess es. Unter welchen Umständen es in dem Konflikt um das nordkoreanischen Atomwaffen- und Raketenprogramm zu Gesprächen zwischen den USA und Nordkorea kommen könnte, blieb aber weiter unklar. Hohe Vertreter beider Seiten halten sich zum Abschluss der Winter Spiele in Südkorea auf.

Bei der Schlussfeier sass der General aus Nordkorea schräg hinter der amerikanischen Präsidententochter Ivanka Trump auf der Ehrentribüne. Die enge Beraterin ihres Vaters Donald Trump sass in der ersten Reihe zwischen der südkoreanischen Präsidentengattin und der chinesischen Vizeministerpräsidentin Liu Yandong. Die Trump-Tochter vermied einen Kontakt mit dem früheren Ge-

heimdienstchef aus Nordkorea, dessen Empfang in Südkorea Proteste ausgelöst hat.

Kurz zuvor hatte es noch scharfe Kritik aus Pjöngjang an den neuen Sanktionen der USA gehagelt. Jede Art von «Blockade» werde als «kriegerische Handlung» betrachtet, erklärte das Aussenministerium. Die USA «laufen Amok, um eine neue dunkle Wolke der Konfrontation und des Krieges über die koreanische Halbinsel zu schicken». Nordkorea besitze Atomwaffen, um

mit der Bedrohung durch die USA umzugehen.

Trump hatte vorher einseitige Sanktionen der USA verhängt. Er nannte sie die «heftigsten», die jemals verfügt worden seien. 55 Schiffe, Reedereien und Handelsunternehmen wurden mit Strafmassnahmen belegt. Trump drohte auch mit einer nicht näher definierten «Phase zwei», sollten die Sanktionen nicht funktionieren. «Phase zwei wird eine sehr raue Angelegenheit werden. Das könnte sehr,

sehr bedauerlich für die Welt sein», sagte Trump. Er denke aber nicht, dass er diese Karte spielen wolle. «Wir werden sehen.»

China protestierte scharf gegen die Sanktionen, die sich auch gegen chinesische Firmen und Personen richten, die Geschäfte mit Nordkorea machen. Pekings Aussenamtssprecher Geng Shuang kritisierte den «langen Arm» der USA, weil die Sanktionen nur auf der Grundlage von US-Gesetzen verhängt worden seien. Er stellte die weitere Kooperation Chinas mit den USA in Frage. Beide Länder sind Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, der nach den wiederholten Raketen- und Atomtests Nordkoreas gemeinsame Sanktionen verhängt hatte.

Skeptische Beobachter sind jedoch der Meinung, die Öffnung Nordkoreas sei ein taktisches Manöver, um die junge und unerfahrene Regierung aus dem Süden zu testen und eine Differenz zwischen Seoul und Washington zu schaffen.



General Kim Yong Chol.

Bild: El Pais

China

Auf Maos Machtspuren

Chinas Staats- und Parteiführung will die Verfassung ändern, um Staatschef Xi Jinping weitere Amtszeiten zu ermöglichen. Damit wird er so mächtig wie einst Mao Zedong es war.

Die offizielle Mitteilung der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua besteht aus genau einem Satz. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei schlägt vor, eine Formulierung aus der Verfassung zu streichen, derzufolge der chinesische Präsident nicht mehr als zwei aufeinander folgende Amtszeiten amtiert soll. Sprich: Xi Jinping soll auch über das Jahr 2023 hinaus Staats- und Parteichef bleiben.

Dass er diese Möglichkeit ausnutzen wird, daran besteht

kein Zweifel. Seit er vor rund fünf Jahren an die Macht gekommen ist, hat er den Einfluss von Partei und Zentralregierung deutlich gestärkt. Im Rahmen einer massiven Anti-Korruptionskampagne landeten zahlreiche innerparteiliche Widersacher im Gefängnis. Jegliche Abweichung von den staatlich vorgegebenen Normen wird so gut wie nicht mehr geduldet. Auch aussenpolitisch tritt China seit einigen Jahren zunehmend selbstbewusster und aggressiver auf, und das gilt längst nicht mehr nur für den Bereich der Wirtschaft.

Dass der «Vorschlag» der Staatspartei, die Verfassung zu Gunsten weiterer Amtszeiten für Xi Jinping zu ändern, umgesetzt wird, ist sicher. Eine Diskussion darüber wird nicht stattfinden. Sämtliche auch

nur annähernd kritische Medien in China wurden in den vergangenen Jahren ausgeschaltet. Die Internetsensur funktioniert nahezu perfekt.

Xi Jinping – Chinas mächtiger Staatschef

Xi ist seit seinem Eintritt in das Ständige Komitee des Politbüros 2007 – dem zentralen Machtzirkel der Kommunistischen Partei – zum starken Mann des kommunistischen Staates aufgestiegen. Seine Machtfülle wird bereits mit der des Revolutionsführers Mao Zedong verglichen.

Der 64-Jährige begann seinen Aufstieg ins Zentrum der Macht als Parteichef der Wirtschaftsmetropole Shanghai. 2012, fünf Jahre nach dem Eintritt ins Politbüro, wurde er Partei-, ein Jahr später erstmals zu-

dem Staatschef. Zu Beginn seiner Amtszeit als Generalsekretär hatte er in dem auf sieben Mitglieder reduzierten Ständigen Komitee des Politbüros nur einen Verbündeten, Wang Quishan. Den beauftragte er mit einer Antikorruptionskampagne, bei der Rivalen Xis eliminiert und mögliche Gegner eingeschüchtert wurden.

Xi ist Oberkommandierender der Streitkräfte und Chef von mehr als einem halben Dutzend Sonderkommissionen, die sich mit Themen der nationalen Sicherheit bis zur Aussenpolitik befassen. Die chinesischen Staatsmedien propagieren einen Personenkult um ihn, der ebenfalls bereits mit dem um Mao verglichen wird.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*